Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 68. Abendblatt. Montag, den 10. Februar 1868.

Telegramm.

Berlin, 10. Februar. Die Kronprinzessin Königliche Hoheit ist heute Morgen früh 3 Uhr von einem Prinzen glücklich entbunden worden.

Deutschland.

□ **Berlin**, 9. Februar. Graf Bismarck ist gestern Abend nach Hessen zur Jagd abgereist; die Vorgänge im Abgeordnetenhause, an der sich diese allerdings aus Gesundheitsrücksichten schon früher beschlossene, jetzt wohl aber beschleunigte Urlaubsreise mit knüpfen mag, haben einen großen moralischen Eindruck gemacht, eine weitere Folge werden sie indessen nicht haben, und zwar um so weniger, als die ganze Angelegenheit durch den nahe bevorstehenden Schluß des Landtags zugedeckt werden wird. Am meisten sind diejenigen im Irrthum, welche in Folge dieser Vorgänge einen Ministerwechsel in Aussicht stellen. Die Frage einer Modifikation des Ministeriums ist in maßgebenden Kreisen gar nicht in Betracht gezogen und könnte höchstens dann in Erwägung kommen, wenn die konservative Partei im Zollparlament und im Reichstag eine oppositionelle Stellung einnehmen sollte. Dies ist indessen nicht zu erwarten von einer Partei, die bisher in allen Hauptfragen mit der Regierung gegangen ist. Auch die Opposition eines Theiles der konservativen Partei gegen den Gesetzentwurf, den hannoverschen Provinzialfonds betreffend, ist vorzugsweise nur durch Mißverständnisse und nebenbei allerdings auch durch theilweise Agitationen herbeigeführt worden, von denen ich Ihnen früher nähere Andeutungen gegeben habe. Daß übrigens die in den Zeitungen gemachten Kombinationen in dieser Angelegenheit in den thatsächlichen Verhältnissen keinen Anhalt finden und daher auf dieselben auch wenig Gewicht zu legen ist, beweisen mehrere Vorfälle. Nach einer Zeitung soll die Urlaubsreise des Grafen Bismarck den Uebergang zur Resignation desselben auf das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sein, wodurch indessen die Stellung desselben als Bundeskanzler nicht berührt werden solle. Graf Bismarck hat nun aber selbst zu wiederholten Malen öffentlich erklärt, daß nur der preußische Minister des Auswärtigen der Leiter der Angelegenheiten des norddeutschen Bundes sein könne. Die obige Kombination steht also mit den Auffassungen des Grafen Bismarck selbst in Widerspruch. Eine andere mit besonderer Vorliebe in die Oeffentlichkeit getragene Nachricht ist, daß die vorliegende Behandlung des hannoverschen Provinzialfonds ein Kampf Eulenburgs gegen Bismarck gewesen und daß Herr v. Brauchitsch nur als Vertreter der Eulenburg'schen Idee aufgetreten sei. Dieser Behauptnng widersprechen alle Thatsachen. Abgesehen davon, daß Hr. v. Brauchitsch durch und durch Kreuzzeitungsmann ist, was Graf Eulenburg nicht ist, so hat der Minister des Innern bekanntlich auf die Verhandlungen mit den hannoverschen Vertrauensmännern, und zwar mit vielem Entgegenkommen, geführt und Letzteren besonders auch die Erfüllung ihrer Wünsche in Betreff des Provinzialfonds in Aussicht gestellt. Ferner sind alle offiziösen Organe mit Einschluß der speziell vom Ministerium des Innern abhängigen „Provinzial-Correspondenz" für die Bewilligung des hannoverschen Provinzialfonds mit Entschiedenheit eingetreten und der oppositionelle Theil der konservativen Partei hat sein Organ nur in der „Kreuzztg." gefunden. Endlich geht auch aus der Rede des Grafen Bismarck im Abgeordnetenhause über die Decentralisation hervor, daß in Betreff des hannoverschen Provinzialfonds im Ministerium Meinungsverschiedenheiten nicht stattgefunden haben.

Berlin, 9. Februar. Die „Post" schreibt: „Wie wir hören, ist die allgemein verbreitete Nachricht, Graf Bismarck wäre nach Hessen abgereist, irrthümlich. Allerdings hatte der Bundeskanzler die Absicht, im Schloß zu Kassel Wohnung zu nehmen und in der Umgegend zu jagen. In Folge der Nachricht, daß dort noch sehr hoher Schnee läge, gab er diesen Plan auf und reiste nach seiner Besitzung in Pommern." (Wir müssen diese Nachricht noch einstweilen bezweifeln. Die Red.)

— Die zuvorkommende Aufnahme, welche der amerikanische General Schurz hier überall, sogar in den hohen offiziellen Regionen gefunden, hat in unsern politischen Kreisen großes Interesse erregt. Am meisten interessirt seine Unterredung mit dem Grafen Bismarck, welche über drei Stunden währte. Wie dem Berliner Korrespondenten der „Rhein. Ztg." aus sicherer Quelle mitgetheilt wird, kam der Ministerpräsident dem amerikanischen Staatsmanne mit großer Offenheit entgegen und entwickelte mit Ungezwungenheit seine Ansichten über fast alle schwebenden Fragen. Er sprach seine Freude darüber aus, daß er in der Lage sei, von einem so hervorragenden Mitgliede der republikanischen Partei in Amerika ein Urtheil über seine deutsche Politik zu hören, und legte die Gründe dar, welche ihn wünschen lassen, mit den Vereinigten Staaten die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten. Er machte kein Hehl daraus, daß seiner Meinung nach Eventualitäten eintreten könnten, welche die Union zum Eingreifen in die europäischen Angelegenheiten veranlassen würden, und daß diese Berechnung einer der Faktoren seiner politischen Kombinationen sei. Es ging aus dem Gespräche hervor, daß Graf Bismarck danach trachtet, bei den Beziehungen zwischen Amerika und England eine versöhnende Haltung einzunehmen, um sich bei einem etwa ausbrechenden europäischen Kriege die Allianz oder wenigstens Neutralität Englands zu sichern. Karl Schurz legte u. A. dar, daß er selbst, wie die meisten Mitglieder der republikanischen Partei, bestrebt sei, den Verwicklungen vorzubeugen, welche aus der Alabamafrage hervorzugehen drohen, und sprach seine Ansicht dahin aus, daß die Erwählung des Generals Grant zum Präsidenten der Politik des Grafen günstig ist.

— Der Pariser Korrespondent der „Daily News" erklärt, aus guter Quelle die Mittheilung zu haben, daß diplomatische Depeschen jüngst von Paris nach Berlin gegangen seien, um Garantien zu verlangen, daß das deutsche Zollparlament sich nicht mit politischen Angelegenheiten befassen werde. Der Korrespondent sieht in diesem Schritte den Grund für das Gerücht, daß die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich nicht mehr so günstig seien, als noch vor wenigen Tagen.

— Eine Anzahl Kaufleute aus Breslau und der Provinz Schlesien bitten den Grafen Bismarck in einer Petition, bei einer neuen Zollvereinigung zwischen dem Zollverein und Oesterreich dahin zu streben, „daß die Zölle in Oesterreich, sowohl für rein wollene Waaren, als auch in Verbindung mit Seide möglichst herabgesetzt und jedenfalls gleichgestellt werden."

— Für die Linienkavallerie-Truppentheile der Armee soll in diesem Frühjahr überall von den sonst üblichen Zusammenziehungen zu einer zehntägigen Uebungsperiode im Regimentsverbande abgestanden werden. Für das Gardekorps bleiben die desfallsigen Anordnungen noch vorbehalten.

— Den Mannschaften des stehenden Heeres soll künftig nach zurückgelegter gesetzlicher Dienstpflicht bei ihrer Entlassung in die Heimath, außer den bisher auf einen Waffenrock, Hose und Mütze bemessenen Bekleidungsstücken auch noch ein Hemde, sowie ein Paar Stiefeln oder Schuhe vergütigt werden.

— Der Oberst v. Cohausen vom Stabe des Ingenieur-Korps ist zum Mitgliede der in Berlin neu errichteten Landesvertheidigungs-Kommission ernannt worden.

— Nach Frankfurt a. M. soll auf besondere Bemühung des dortigen Oberbürgermeisters Dr. Mumm ein Garderegiment verlegt werden.

— Die Aufregung unter der konservativen Partei hat sich noch nicht gelegt, sie pflanzt sich im Gegentheil auf das Herrenhaus fort. Diejenigen unter ihnen, welche gegen das Gesetz, gegen den Antrag Diest, kurz gegen Alles gestimmt haben, halten daran fest, daß man im Lande das Gesetz als eine Bevorzugung der Provinz Hannover den alten Provinzen gegenüber auffassen und bei jeder Gelegenheit in Anrechnung bringen wird. Sie meinen, das Gesetz werde das Gegentheil von dem erreichen, was es beabsichtigt, daß es eine innige Verschmelzung der neuen mit den alten Provinzen erschweren dürfte, daß endlich der Regierung keinerlei augenblickliche Verlegenheiten in Bezug auf die gesetzliche Verpflichtung des Staates gegen die Provinz Hannover entstanden wären, da ja bei der Schlußberathung des Etats, auch ohne den Antrag Diest, die nothwendigen Beiträge hätten bewilligt werden können. Der Antrag Diest erscheint ihnen nur eine verschärfte Ablehnung des Gesetzes. Allgemein ist die Mißbilligung über das Auftreten des Freiherrn v. Vincke, der Material zu seiner Rede bei einer Zusammenkunft mit dem Grafen Bismarck und Herrn v. Diest gesammelt haben soll.

— Der Stadtrichter Hiersemenzel ist zum Rechtsanwalt beim hiesigen Stadtgericht und Notar im Departement des Kammergerichts ernannt worden.

— Der meiningensche Landtag wird auf Mitte Februar berufen werden. Auf demselben wird auch die Domänenangelegenheit zur Verhandlung kommen.

— In der Sitzung des weimarschen Landtags vom 6. Februar interpellirte Hering wegen Aufhebung der Todesstrafe. Die Regierung hat noch nicht geantwortet.

— Die Berathungen der Civilprozeß-Kommission konnten in den letzten Tagen nicht so rasch vorwärts schreiten, als ursprünglich die Absicht war, da der Justizminister anderweit außerordentlich beschäftigt ist. Zu einer sehr heftigen Debatte hat die Frage von der Rechtskraft der Beweisurtheile Veranlassung gegeben. Die vom Justizminister verfochtene, auch in dem hannoverschen Gesetze verwirklichte Rechtskraft, die zu einer außerordentlichen Weitläufigkeit und Unendlichkeit der Prozesse führen kann (weil die Beweisurtheile selbst durch alle Instanzen gebracht werden können), ist schließlich von ihm in Folge des hartnäckigen Widerstandes der preußischen Juristen, die das preußische System der Beweisresolute verfochten, aufgegeben worden.

— Die Frage über die beste und schnellste Herstellung der Schiffbarkeit der Oder hat jetzt eine weitere Aufklärung in einer Denkschrift erhalten, welche der Handelsminister hat erscheinen lassen. In derselben wird die sofortige Regelung des genannten Schifffahrtsbereiches des Stromes als eine technische und finanzielle Unmöglichkeit bezeichnet, dagegen das Prinzip, das bei der allmäligen Ausführung angenommen worden, so wie die letztere selbst näher auseinandergesetzt. Ein Schifffahrtskanal soll neben dem Strome nicht angelegt werden, dagegen ist die Anlage eines mit den oberschlesischen Bahnen in Verbindung stehenden Hafens als zweckmäßig bezeichnet. Auf die Regelungsarbeiten von Schwedt in der Provinz Brandenburg aufwärts ist seit 1859 die Summe von 1,330,832 Thlr. verwandt und die Fahrstraße auf $24\frac{1}{2}$ Meile vollendet, auf $6\frac{1}{2}$ Meile theilweise regulirt worden. Seit 1866 sind Erfahrungen gesammelt, wonach bei weiterer an der Hand dieser Erfahrungen zu machender Ausführung für die Strecke Schwedt-Breslau noch 3,231,078 Thlr., für Breslau-Ratibor 443,768 Thlr. erfordert werden. Für 1868 und 1869 sollen, wenn es irgend möglich sein wird, 496,000 Thlr. zur Verwendung gelangen.

— Das Zündnadelgewehr steht bekanntlich in der Schnelligkeit des Feuerns hinter dem Chassepotgewehre wie mehreren andern neu erfundenen Hinterladungsgewehren um etwas zurück, doch soll es, nach der „M. Z.", jetzt gelungen sein, durch eine sehr einfache und wenig kostspielige Aenderung der ersten Waffe den gleichen Vorzug in hohem Maße zu sichern. Bekanntlich wird jedoch wenigstens bei dem Chassepotgewehre der eine Vorzug, welchen dasselbe in seinem leichtern und schnellern Schuß über das Zündnadelgewehr besitzt, durch mehrere sehr bedenkliche Uebelstände, so namentlich auch die häufigen Versager, die Verschleimung des Rohres und die Seitenabweichung der Geschosse mehr als aufgewogen. Die vergleichenden Versuche mit allen irgend neu erfundenen Hauptwaffen werden übrigens auf der Schießschule in Spandau noch ununterbrochen fortgesetzt und es steht wohl mit nächstem eine neue Veröffentlichung der Resultate derselben zu gewärtigen.

Hamburg, 9. Februar. Einer im amtlichen Theile des „Hamburger Correspondenten" befindlichen Mittheilung zufolge werden die Hamburger Gebietstheile, nämlich die Stadt Bergedorf, die Dorfschaft Geerschacht und die Voigtei Billwärder, nördlich von der Eisenbahn, am 11. d. in den Zollverein eingeschlossen werden und wird eine Nachverzollung der in diesen Gebietstheilen befindlichen zollpflichtigen Waaren stattfinden.

Dresden, 8. Februar. Die vor einigen Tagen erkrankte Gemahlin des hiesigen französischen Gesandten, Baron Forth-Rouen, ist gestorben.

Karlsruhe, 8. Februar. Die erste Kammer nahm in heutiger Sitzung fast einstimmig das Gesetz über das Verfahren gegen ungehorsame Wehrpflichtige an, ferner das Preßgesetz, das Ministerverantwortlichkeitsgesetz und das Schulgesetz, und zwar alle Gesetze in der von der zweiten Kammer festgestellten Fassung, so daß diese Gesetze ständischerseits nunmehr erledigt sind.

Ausland.

Wien, 7. Februar. Der „Pesther Lloyd" bringt einen sehr heftigen Leitartikel gegen den ungarischen Finanzminister v. Lonyay. Es ist nämlich noch nicht einmal die Hälfte der ungarischen Eisenbahnanleihe in Pesth, Wien, Paris, Holland und Deutschland, wie z. B. die „Presse" versichert, gezeichnet worden. Der „Pesther Lloyd" sagt unter Anderm: Lonyay habe die Anlehensoperation Angesichts des Reichstages als vollkommen gesichert hingestellt. Das sei ein Wort, welches eingelöst werden müsse. Die Anlehenssache sei nicht Privatangelegenheit des Herrn Melchior Lonyay. Die Ehre und das Interesse der Nation sei dabei mitengagirt, für die Wahrung beider sei der konstitutionelle Minister der Nation verantwortlich. Man werde ihm diese Verantwortung gewiß nicht erlassen. — Der ungarische Landtag wird am 8., der diesseitige Reichstag am 10. wieder zusammentreten. — Der Kaiser wird am Sonntag Pesth verlassen. — Für die nächsten Tage wird in Pesth eine sehr verwerfende Kritik des gemeinsamen Budgets von Kossuth erwartet.

— In Prag hat man aus Rom die Nachricht erhalten, daß der ehemalige ungarische Hofkanzler, Graf Anton Forgach, daselbst mit Frau Florentine Glaser (geborenen Ederer, Tochter eines israelitischen Kaufmanns in Prag und geschiedenen Frau eines Hamburger Kaufmanns) getraut worden ist. Taufe und Trauungsakt hat der Erzbischof von Köln vollzogen. Trauungszeugen waren Graf Clam-Gallas und Fürst Oettingen.

— Die Vermählung des Erzherzogs Heinrich mit Fräulein Hoffmann hat am 4. Februar zu Bozen in der Hauskapelle des erzherzoglichen Palais stattgefunden. Die Trauung vollzog der Probst in Gegenwart zweier erzherzoglichen Hausbeamten als Zeugen und eines K. K. Notars.

Paris, 8. Februar. Die Kaiserliche Regierung hat von den innerhalb der französischen Grenzen zusammengetretenen Hannoveranern die Offiziere in Bourges und die Gemeinen in der Champagne internirt.

Paris, 8. Februar. Gesetzgebender Körper. Der Kriegsminister bringt einen Gesetzentwurf ein, durch welchen das diesjährige Kontingent auf 100,000 Mann festgesetzt wird. Bei der darauf fortgesetzten Debatte über das Preßgesetz sprach der Justizminister Baroche dafür, daß die Aburtheilung der Preßprozesse den Kriminalgerichtshöfen überlassen bleibe.

Die „Patrie" erklärt das von einigen Journalen gemeldete Gerücht, daß die zwischen der französischen Ostbahngesellschaft und der Wilhelm-Luxemburger Eisenbahn stattgehabten Verhandlungen Veranlassung zu einem Austausche von Erklärungen zwischen Frankreich und Preußen gegeben hätten, für vollständig unbegründet.

— Nachdem außer dem Justizminister noch Thiers, Jules Favre und der Minister des Innern, Pinard, gesprochen, wurde das Amendement, welches die Kompetenz der Geschworenengerichte für die Preßvergehen fordert, mit 199 gegen 35 Stimmen verworfen.

Florenz, 8. Februar. Der König ist heute Morgen hier eingetroffen. Derselbe wurde am Bahnhofe von den Ministern und den Spitzen der Stadtbehörden empfangen. — Rudini wird sein Amt als Präfekt von Neapel am 17. d. antreten.

Florenz, 8. Februar. Deputirtenkammer. Berathung des Etats des Marineministeriums. Die ersten Kapitel werden genehmigt. Der Minister des Innern brachte sodann einen Gesetzentwurf ein über die Reorganisation der Central- und Provinzial-Verwaltung.

Florenz, 8. Februar. Der heute der Kammer vorgelegte Gesetzentwurf über die Reorganisation der Verwaltung theilt die Verwaltungscarrière in eine höhere und niedere. Bezüglich der Provinzialverwaltung werden dem Präfekten eine Reihe von Befugnissen zugetheilt, die bisher anderen Behörden beigewohnt hatten.

Rom, 8. Februar. Msgr. Negroni ist zum Minister des Innern ernannt worden.

— General Failly hat sich von dem Papste verabschiedet. Das Transportschiff „Orenoque" ist von Toulon nach Civitavecchia zurückgekehrt, um noch eine Eskadron Kavallerie nach Frankreich zurückzuführen.

Rom, 3. Februar. Prinz Iturbide, der Enkel des vorletzten Kaisers von Mexiko, den Maximilian adoptirt hatte, ist nach

Rom gekommen und als einfacher Soldat bei den päpstlichen Dragonern eingetreten. Die österreichische Regierung hat ihm eine Pension von 50,000 Fr. ausgesetzt. Dieser junge Prinz, kaum 20 Jahre alt, hat, so erzählt man, den Grad eines Adjutanten des Kaisers von Oesterreich ausgeschlagen, weil er nur dem heiligen Vater dienen wollte. Es ist ein hübscher Jüngling mit braunem Gesicht und Zügen von klassischer Schönheit. Auf einem Pariser Collège gebildet, besitzt er viel Kenntnisse und hat sehr feine Manieren. Er wohnt und schläft mit den übrigen Soldaten in der Kaserne; den Majorsrang, welchen ihm der Papst gleich anbot, hat er ausgeschlagen. Er ist in diesem Augenblick der Löwe der ewigen Stadt, geht aber wenig in Gesellschaft und scheint etwas melancholisch.

London, 8. Februar. Der „Standard" theilt in seiner Abendausgabe mit, daß nach gestern Abend aus Newyork per Kabel abgegangenen Nachrichten der Finanzausschuß des Senats eine Bill eingebracht hat, wonach die $^{5}/_{20}$ Bonds in 5prozentige umgeändert werden und die $^{10}/_{46}$ Bonds frei von jeder Steuer und in Courant zahlbar hingestellt werden sollen.

— Der Erschatzkanzler Gladstone hielt am Montag Abend in der wöchentlichen Versammlung der literarischen Institution zu Hawarden einen längeren Vortrag über Walter Scott und seine Werke: er bezeichnete den berühmten Novellisten nächst Homer und Shakespeare, als den größten und ausgezeichnetsten Poeten und Schriftsteller unter allen Nationen der Welt, und hielt seine beiden Novellen „Die Braut von Lammermoor" und „Kenilworth" für die besten und schönsten seiner Werke. Er pries seine Bescheidenheit und Rechtschaffenheit im Privatleben und erwähnt unter Anderem, daß die Torypartei stolz darauf sein könne, einen solch ausgezeichneten Mann, wie Walter Scott, einst zu den Ihrigen gezählt zu haben.

London, 9. Februar. Newyorker Briefe sprechen von dem Ausbruche eines Aufstandes gegen den Präsidenten Juarez in der Sonora. — Aus Abyssinien eingegangene Berichte melden ein weiteres Vorgehen der englischen Truppen.

— In Folge einer eingetretenen Springfluth stieg das Wasser in der Themse drei Fuß über die Hochwasserlinie und überfluthete die Quais. Man befürchtet bedeutenden Schaden.

London, 8. Februar. Die mexikanische Regierung ladet zur Unterzeichnung eines Memorials an den Minister des Auswärtigen Lord Stanley ein, in welchen um Wiedereinrichtung des konsularischen Verkehrs zwischen den beiden Ländern ersucht wird. — Santa Anna ist aus Havanna ausgewiesen.

— Der „Globe" bestätigt den Rücktritt des amerikanischen Gesandten am hiesigen Hofe, Adams. Anfang April wird derselbe wahrscheinlich nach Amerika zurückkehren. — Wie aus Hull gemeldet wird, hat dort heute eine Springfluth die Stadt überschwemmt. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Queenstown, 8. Februar. Der Privat-Sekretär des Kaisers Maximilian, Pater Fischer, ist hier als Passagier des Dampfes Australasian gelandet.

La Valetta, 1. Februar. Es wird gemeldet, daß der egyptische Gouverneur in Massowah abberufen sei. — In Koomaglie hat man gutes Trinkwasser vorgefunden. — Die Vorrichtungen, welche angestellt sind, um die abyssinische Küste zu erleuchten, sollen nunmehr zur Ausführung gelangt sein.

— Nach eingegangenen Nachrichten ist ferner am 26. Januar eine Truppenmacht von 1500 Mann Kavallerie, Artillerie und Infanterie auf Antalo vorgerückt. Die der Expedition gefolgten Eingeborenen kehren nach Indien zurück.

— 3. Februar. Mittheilungen aus der Annesley-Bay vom 23. Januar berichten von einem rapiden Vorgehen der Truppen. Am 20. Januar ist eine Batterie von Senafeh abgegangen, unmittelbar darauf erfolgte der Abmarsch von drei Kompagnien des vierten Regiments. Das 21. bengalische Infanterie-Regiment rückte am 22. Januar in Senafeh ein. — Die beabsichtigte egyptische Eisenbahn-Anleihe ist gescheitert. Die finanziellen Schwierigkeiten sind immer noch nicht beseitigt.

Madrid, 8. Februar. Die Kommission der Deputirten für den Bankgesetz-Entwurf hat ihren Bericht wieder zurückgezogen und heute abermals eine Berathung mit dem Finanzminister gehabt. Ueber das Ergebniß verlautet noch nichts. Der Ministerrath tritt heute zusammen, um eine definitive Entscheidung über die Haltung des Ministeriums zu fassen.

Petersburg, 8. Februar. Morgen wird die Eröffnung der Woronesch-Koslower Eisenbahn stattfinden. — In Warschau soll eine panslavistische Universtät eerichtet werden. — Die „Börsenzeitung" dementirt die Nachricht der „Liberté", daß eine baldige Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und dem Kirchenstaate zu erwarten sei. — Die Tarif-Kommission hat eine Verminderung des Tarifs befürwortet.

Petersburg, 9. Februar. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" enthält eine Depesche aus Bukarest vom 7. d., nach welcher die Nachrichten über die Bildung von Banden in Rumänien, von welchen ein Einfall in Bulgarien beabsichtigt werde, vollständig unrichtig sind. Dagegen stelle es sich heraus, daß in Rumänien geheime Einreihungen von Polen für die Türkei durch den General Langiewicz stattfinden. In Bukarest selbst sei übrigens Alles vollkommen ruhig.

Alexandria, 5. Februar. Der Vicekönig hat eine Anzahl tunesischer Offiziere gefangen nehmen lassen, weil dieselben im Verdacht stehen, Anhänger Mustapha Fazil's zu sein. — Es sind hier widersprechende Gerüchte über den Abschluß einer wichtigen Finanzoperation des Vicekönigs im Umlaufe. — Der Baarvorrath im Staatsschatze betrug 124 Millionen gegen 134 Millionen am 1. Januar. Die Abnahme um 10 Millionen ist hauptsächlich eine Folge der Couponszahlung, sowie auch der Einlösung der Anleihe von 1847.

Washington, 29. Januar. Das Haus der Repräsentanten hat eine Bill angenommen, welche die einzelnen Staaten der Union zur Besteuerung der Nationalbankaktien ermächtigt. — Eine neue Konferenz des Comités für die Baumwollensteuer ist angesetzt worden. — Das Senats-Comité für die auswärtigen Angelegenheiten empfiehlt die Bestätigung der Ernennung von Cox zum Gesandten beim Wiener Hofe.

Washington, 8. Februar. Die Staatsschuld belief sich am 1. Februar auf 2651 Millionen gegen 2642 Millionen am 1. Januar. Dieselbe hat sich also im vergangenen Monat um 9 Millionen vermehrt.

Pommern.

Stettin, 10. Februar. Die bereits früher von uns erwähnte gemeinschaftliche Versammlung der landwirthschaftlichen Vereine von Stettin, Freienwalde, Massow und Wangerin zur Feststellung des Programms des bevorstehenden „Kongresses der norddeutschen Landwirthe" hat bei zahlreicher Betheilung vorgestern in Stargard stattgefunden. Es sind nach einem der „Ostſ.-Ztg." zugegangenen Berichte nach lebhafter Debatte folgende Resolutionen resp. Anträge beschlossen: ad 1. des Progrmmas (landwirthschaftlicher Kredit). 1) Die Grundsteuer-Taxen sind prinzipiell nicht geeignet, als Grundtaxe für das landwirthschaftliche Kreditwesen zu dienen. 2) Der Bundesrath des norddeutschen Bundes ist im Petitionswege zu ersuchen, auf eine Reform des norddeutschen Bankwesens im Sinne der Gleichberechtigung und leichterer Gründung bedacht zu sein. 3) Der Kongreß deutscher Landwirthe erklärt: das Interesse des landwirthschaftlichen Kredits erfordert, daß der Bodenkredit bis an die äußerste Grenze der zu bietenden Realsicherheit bei Unkündbarkeit mit geregelter Schuldentilgung ausgedehnt werde, und bieten die mit Solidarhaft ausgestatteten landwirthschaftlichen Kreditverbände dazu den geeignetsten Weg. 4) Der Kongreß norddeutscher Landwirthe hält es im Interesse der Landwirthschaft dringend geboten, daß, wo es noch nicht geschehen, die Hypotheken- und Subhastationsordnung im Sinne 1. größerer Uebersichtlichkeit des Hypothekenbuchs, was Grundwerth wie Verschuldung angeht, 2. leichterer und billigerer Ein- und Uebertragung der Hypothek, namentlich mittelst Errichtung von Hypothekämtern, Uebertragung mittelst Giro des Hypothekenscheins, und Aufhebung des Legalitätsprinzips, 3. schnellerer u d kostenloserer Beitreibung des Kapitals, reformirt werde. ad 3. den Kongreß zu ersuchen: vor allen Dingen dahin zu str ben, daß eine organische Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen geschaffen werde. (Diese Resolution wurde veraulaßt durch einen von den betreffenden Referenten abgefaßten Entwurf zu einer Organisation des landwirthschaftlichen Vereinswesens.) ad 5. 1) Es liegt im Interesse der Landwirthschaft, die Aktiengesellschaften in anderer Form als bisher zur Besteuerung heranziehen. 2) Die Stempelsteuer auf Zeitungen und Anzeigeblätter ist aufzuheben. 3) Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer liegt im Interesse der Landwirthschaft. 4) Bei den hohen Kontrahenten des Zollvereins ist zu petitioniren: den Tarif auf wenige zur Belegung mit einem mäßigen Finanzzoll geeignete Artikel einzuschränken, insbesondere die Zölle auf gewalztes und geschmiedetes Roheisen und Stabeisen aufzuheben.

— Die General-Versammlung des hiesigen Konsum- und Sparvereins am 8. d. Mts. wurde in Abwesenheit des Vorsitzenden Herrn Georgi durch den Kassirer Herrn Meyer eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Herr Schwarz aus Grünhof gewählt, welcher zunächst und Behufs Mittheilung des Geschäftsberichts pro II. Semester v. J. Herrn Meyer das Wort ertheilte. Wir entnehmen aus jenem Berichte, daß das Jahr 1867 (das vierte seit dem Bestehen des Vereins), für die Entwickelung desselben recht erfreulich war. Sowohl die Anzahl der Mitglieder, als auch der Waarenumsatz steigerte sich erheblich. Während die Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1866 719 betrug, zählte der Verein am 31. Dezember 1867 1115 Mitglieder. Der Waaren-Umsatz belief sich 1867 im eigenen Geschäft auf 20,046 Thaler 10 Pf., gegen 9692 Thlr. 22 Sgr. im Jahre 1866, durch Vermittelung der Lieferanten 1867 auf 26,119 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. gegen 28,658 Thlr. 20 Sgr. im Vorjahre. Der Gesammtumsatz pro 1867 betrug mithin 46,165 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. gegen 38,351 Thlr. 21 Sgr. im Vorjahre. Von besonderer Bedeutung für die Entwickelung des Vereins war die im vergangenen Jahre erfolgte Eintragung in das Handelsregister und der Erwerb eines eingenen Grundstücks. Im II. Semester v. J. lieferte das General-Waaren-Konto 2201 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf., das Lieferanten-Conto 1206 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf., das Interessen-Conto 61 Thlr. 4 Sgr. 2 Pf., das Vereins-Grundstück 72 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf. Ueberschuß. Dagegen wurden verausgabt an Provisionen 315 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf., an Geschäftsunkosten 386 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf., an Entwerthung der Utensilien 28 Thlr. 12 Sgr. 9 Pf. Von dem alsdann bleibeuden Reingewinn wurden statutenmäßig 5 % zur Kapitalreserve mit 140 Thlr. 10 Sgr. 3 Pf. und 10 % mit 266 Thlr. 20 Sgr. als Remuneration dem Vorstande zugeschrieben, ebenso den Gemein-Reserve-Conten I. 42 Thlr. 28 Sgr. und II. 396 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., so daß auf 25042 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf. für abgelieferte Marken 1960 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf., also 8 % Dividende zur Vertheilung kommen. Die Vermögensverhältnisse des Vereins am 31. Dezember v. J. wurden folgendermaßen nachgewiesen: Aktiva: Kassenbestand 950 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf., Utensilien-Konto 540 Thlr. 1 Sgr. 9 Pf., Schuldbuch 2349 Thlr. 6 Sgr. 10 Pf., General-Waaren-Konto (Bestand) 4542 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. und Grundstück 25,470 Thlr., in Summa 33,852 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. Passiva: 31,892 Thlr. 7 Sgr., so daß 1960 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf., wie vorher angegeben, überschießen und zur Vertheilung kommen können.

— Bei den Vermessungen, behufs der Fortschreibung der Grundsteuer-Bücher und Karten, ist es den Grundeigenthümern zwar gestattet, die Beschaffung der zur Berichtigung der Grundsteuer-Bücher und Karten erforderlichen Vermessungsmaterialien, insbesondere auch bei Parzellirung, mit Umgehung der Fortschreibungs-Beamten, einem Feldmesser zu übertragen; es ist aber ausdrücklich angeordnet, daß der Fortschreibungsbeamte derartige, von einem Feldmesser gefertigte Materialien amtlich nur in dem Falle verwenden darf, wenn diese Materialien von einem geprüften und vereideten Feldmesser hergestellt sind.

— In diesen Tagen werden aus den verschiedenen Oberpost-Direktionsbezirken Postbeamte nach Leipzig gehen, um das dortige Postwesen dem hiesigen entsprechend zu organisiren.

— Das Generalpostamt hat, um den Umtausch der früheren Freimarken und Freimarkencouverts gegen solche des norddeutschen Bundes auf dem Lande zu erleichtern, die Landbriefträger verpflichtet, innerhalb der bestimmten Umtauschfrist, nämlich bis Ende des ersten Quartals dieses Jahres, jenen Umtausch auf Verlangen der Korrespondenten zu besorgen, so daß diese selbst sich keiner Mühe deshalb zu unterziehen haben.

— Wie wir hören, sind aus der Mitte unserer Bürgerschaft bereits Schritte vorbereitet, um der in Angriff genommenen weiteren Abholzung des Julo Einhalt zu thun, und denselben als beliebten Vergnügungsort den Stettiner Einwohnern zu erhalten.

— In verflossener Nacht ist vom Boden des Hauses Fuhrstraße Nr. 24 eine nicht unbeträchtliche Quantität Wäsche, vorgestern vom Hofe des Hauses Bohlwerk Nr. 24 verschiedenes Federvieh gestohlen worden. Letzteren Diebstahls ist eine Lumpensammlerin verdächtig, von der man gesehen, daß sie ein Huhn in einen Sack gesteckt und damit den Hof verlassen hat.

— Der bei dem Korbmacher T. in der Lindenstraße in der Lehre befindliche Otto Schöning, welcher verschiedene Rechnungsbeträge für Rechnung seines Lehrherrn eingezogen und unterschlagen hatte, wurde dieserhalb gestern verhaftet. — Wegen verschiedener anderer Vergehen sind in den letzten 24 Stunden 8 Personen verhaftet worden.

— Die Kaufleute M. u. L. machten die Entdeckung, daß sie von dem bei ihnen in Arbeit stehenden Arbeiter Fr. Haack seit längerer Zeit bestohlen wurden. Eine bei demselben vorgenommene Haussuchung führte denn auch zu der Entdeckung, daß dort die verschiedensten Materialwaaren vorgefunden wurden.

— Im Salon „Agoston" findet morgen Abend die letzte Vorstellung statt, indem Herr A. bereits am nächsten Sonntag einen Cyklus von Vorstellungen in Mannheim eröffnet. Nach Schluß der hiesigen öffentlichen Vorstellungen werden letztere noch an drei hinter einander folgenden Abenden privatim für die Mitglieder resp. des Handwerkervereins, der Bürger-Ressurce und des polytechnischen Vereins stattfinden.

Vermischtes.

Berlin, 9. Februar. Eine der reizendsten jungen Verkäuferinnen im Bazar für die nothleidenden Ostpreußen ward gefragt, was ein Kuß koste. „Stück für Stück 100 Thaler!" erwiderte schalkhaft lächelnd die Verkäuferin, „aber — setzte sie hinzu — dieser Artikel wird pränumerando bezahlt." Der Herr, einer unserer bedeutendsten Geldgrößen, holte ein Notizbuch heraus und opferte einen Hundertthalerschein. Sein süßer Lohn blieb nicht aus; die holde Verkäuferin spitzte das Mündchen und warf dem erwartungsvoll Harrenden das graziöseste Handküßchen zu, wie sich denken läßt, zur lebhaften Heiterkeit der Umstehenden.

— Der Berliner „Publ." erzählt folgende Schnurre: Am Dienstag wurden zwei Mausefallenhändler wegen Haustrengehens aufgegriffen, die dem Aeußern nach den direkt aus Slavonien hier Eingewanderten so ähnlich sahen, wie ein Ei dem andern. Bei Feststellung ihrer persönlichen Verhältnisse stellte sich jedoch heraus, daß der Eine ein brodloser Cigarrenmacher aus Rixdorf war, der sich in den Anzug eines Slavoniers gesteckt hatte, um auf diese Weise seinen Unterhalt zu erwerben.

Wien. Am 6. d. M. ging im Hofoperntheater Gounod's „Romeo und Julie" unter des Komponisten persönlicher Leitung zum ersten Mal in Scene. Der Erfolg war stellenweise glänzend und im Ganzen ehrenvoll. Fräulein von Murska und Herr Walter zeichneten sich in den beiden Titelrollen in hervorragendster Weise aus.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Februar. Witterung: trübe, Nachts Schneefall. Temperatur + 1 °R. Barometer 28" 2"'. Wind: W.

An der Börse.

Weizen steigend bezahlt, loco per 2125 Pfd. gelber 102—106 Rt., 80pfd. geringer 100 Rt. bez., bunter poln. 98—104 Rt., weißer 106 bis 110 Rt., ungar. 94—99 Rt., 83—85pfd. gelber Febr. 102½, 102 Rt. bez., 102½ Rt. Br. u. Gd., Mai-Juni 102½ Rt. Br., Juni 102½ Rt. Gd.

Roggen fest und höher bezahlt, loco pr. 2000 Pfd. 78—80 Rt., Februar 79½ Rt. Br., Frühj. 79½, 80, 80½, 80⅜ Rt. bez., 80½ Br., Mai-Juni 79¾, ½, 80 Rt. bez., Juni-Juli 77¼ Rt. bez. u. Gd., Juli-August 73 Rt. Br.

Gerste behauptet, loco pr. 1750 Pfd. 53—55 Rt., feine höher bez., Frühjahr schles. 55 Rt. Gd., 69—70pfd. 55½ Rt. Gd.

Hafer etwas höher, loco per 1300 Pfd. 37½—38½ Rt., 47—50pfd. Frühjahr 39½ Rt. Br., ¼ Gd.

Erbsen fest, loco per 2250 Pfd. 69—71 Rt., Frühjahr Futter- 72 Rt. Br., 71¾ Gd.

Wicken loco 58—60 Rt.

Mais ungarischer per Ctr. 2¾ Rt. Gd.

Petroleum loco 6⅔, ¾ Rt. bez.

Rüböl behauptet, loco 10¼ Rt. Br., Februar 10 Rt. bez., April-Mai $10\frac{5}{24}$, ¼ Rt. bez. u. Br, September-Oktober 10½ Rt. Br. u. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß 20 Rt. bez., Februar 19¾ Rt. bez., Frühjahr 20¼ Rt. bez., ⅔ Br., Mai-Juni 20½ Rt. Br., Juni-Juli 20¾ Rt. Br., Juli-August 21 Rt. bez.

Angemeldet. 100 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 102, Roggen 79½, Rüböl 10, Spiritus 19¾.

Stettin, den 10 Februar

Hamburg	6 Tag.	151½ B	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	151⅛ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143½ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25¼ B	Pr. National-V.-A.	4	119 B
„	3 Mt.	6 24¼ B	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	$81\frac{7}{12}$ G	Pomerania	4	119 B
„	2 Mt.	—	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	93¼ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	86⅜ G	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	—			